

Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs

Pelinka, Anton

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pelinka, A. (2002). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31(3), 281-290. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60014>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Anton Pelinka (Wien/Innsbruck)

Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung

Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die FPÖ ist eine europäische Ausnahmeerscheinung: Unter allen im Europäischen Parlament vertretenen Parteien ist sie die mit Abstand erfolgreichste unter den Parteien, die in keine Parteilfamilie eingebunden und keiner Fraktion des Europäischen Parlaments angehören. Diese Verbindung aus Erfolg auf nationaler und Isolierung auf europäischer Ebene hängt mit dem spezifischen Charakter der FPÖ zusammen: Sie ist „populistisch“ – weil sie beansprucht, „das Volk“ gegen die Eliten zu vertreten und zu mobilisieren. Sie ist „rechtspopulistisch“ – weil sie, wie andere Parteien in Europa (FN, Lega Nord, Vlaams Blok, etc.) auch, sich zur Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen wendet. Sie ist aber auch, im Gegensatz zu den meisten anderen rechtspopulistischen Parteien Europas, eine Traditionspartei – und Teil dieser Tradition ist auch die österreichische NSDAP. Erst die Kombination aller Faktoren erklärt den Erfolg der FPÖ – aber auch die internationale Reaktion auf diesen Erfolg.

Das europäische Parteiensystem, das sich allmählich auf der Ebene der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments entwickelt, reflektiert die traditionellen „Parteilfamilien“. (Hix/Lord 1997, 21 ff.) Sozialdemokratische Parteien haben sich zur PES – zur „Party of European Socialists“ – zusammengeschlossen. Christlich-demokratische und Konservative Parteien bilden die EPP – die „European People’s Party“. Die Liberalen haben im Europäischen Parlament die ELDR geformt – die „European Liberal, Democratic and Reformist Group“; und die Grünen die „Greens/European Free Alliance.“ Die meisten (ex-, post-)kommunistischen Parteien bilden die „European United Left/Nordic Green Left“.

Einige Parteien, die zumeist mit der Etikette „rechtspopulistisch“ versehen werden – wie die Dänische Volkspartei und die „Alleanza Nazionale“ – formen im Europäischen Parlament mit anderen, schwer einzuordnenden Par-

teien (wie die irische „Fianna Fáil“) die Fraktion der „Union for a Europe of Nations“ (UEN). Parteien, die offen gegen die Europäische Union agieren – wie die britische „UK Independence Party“, kooperieren als Fraktion unter der Bezeichnung „Europe of Democracies and Diversities“ (EDD). (Day 2000, 232 ff.)

Von den 626 Abgeordneten des 1999 gewählten Europäischen Parlaments werden 26 keiner dieser Fraktionen zugezählt. Darunter sind die 7 Abgeordneten der Radikalen Partei Italiens, die sich offenkundig der Typologie der europäischen Parteilfamilien entziehen – und Parteien, die im allgemeinen als „rechtspopulistisch“ gelten: 5 Abgeordnete des „Front National“ (FN), 3 Abgeordnete der „Lega Nord“, 2 Abgeordnete des „Vlaams Blok“ – und 5 Abgeordnete der FPÖ. (Day 2000, 238)

Diese Struktur des Europäischen Parlaments zeigt keine Entsprechung zu dem Begriff des „Rechtspopulismus“ auf, wie er von der verglei-

chenden Politikwissenschaft entwickelt wurde. (Betz 1994) Es gibt zwar eine offenkundig in Entwicklung befindliche Parteienfamilie des Rechtspopulismus – und diese konkretisiert sich in der Fraktion der UEN. Aber dieser Gruppierung gehört nur ein Teil der rechtspopulistischen Parteien an. Ein anderer Teil dieser dem Rechtspopulismus zugeordneten Parteien gilt allen Fraktionen – also auch der UEN – als zu extremistisch. Sie bleiben ohne fraktionelle Einbindung „largely because they are regarded as being too extremist to qualify for such a membership“ (in einer Fraktion). (Day 2000, 238)

Für das Europäische Parlament ist Rechtspopulismus nicht gleich Rechtspopulismus. In den sich entwickelnden Strukturen des europäischen Parteiensystems entspricht dem Rechtspopulismus (noch?) keine Parteienfamilie. Dort, wo sich so etwas wie eine Parteienfamilie des Rechtspopulismus abzeichnet, ist die FPÖ aber nicht vertreten – sie ist auf der europäischen Ebene isoliert; sie ist ohne Partnerinnen.

Das hat eine transnationale europäische Bedeutung – aus zwei Gründen:

- Die FPÖ ist unter allen rechtspopulistisch etikettierten Parteien mit dem bei der Nationalratswahl 1999 erzielten Stimmenanteil von 26,9 Prozent die mit Abstand erfolgreichste Partei.
- Die Maßnahmen der (anderen) Regierungen der EU Staaten gegen die im Februar 2000 gebildete österreichische Regierung waren ein in der Geschichte der EU einmaliger Schritt – und ausschließlich mit der besonderen „Natur“ der FPÖ begründet. (Karlhofer/Melchior/Sickinginger 2001)

Ein erster Blick auf die FPÖ zeigt also, dass diese vom europäischen „mainstream“ weit entfernt ist – und zwar weiter entfernt als das für andere rechtspopulistische Parteien gilt. Sie ist in besonderem Maße eine Außenseiterpartei – und sie ist, als solche, auffallend erfolgreich. Sie ist isolierter als Parteien wie die „Alleanza Nazionale“ – aber sie ist, gemessen in Wahlergebnissen, viel stärker als alle anderen mit dem Begriff „Rechtspopulismus“ bezeichneten Parteien.

Die FPÖ ist mit dem Begriff „Rechtspopulismus“ nur unzureichend zu erklären: Sie fällt innerhalb der sich (noch?) nicht zu einer Parteienfamilie entwickelnden rechtspopulistischen Parteien besonders auf. Dennoch ist die FPÖ aber auch als rechtspopulistische Partei zu bezeichnen – weil sie sowohl „populistisch“ als auch „rechts“ ist.

Die FPÖ als populistische Partei

Der Begriff „Populismus“ ist auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten, sich traditionellen Kriterien wie „rechts“ und „links“ beziehenden Inhalt abgestellt. Wenn dieser Begriff mehr als ein Schlagwort der politischen Alltagspolemik sein soll, muss er – der Geschichte populistischer Bewegungen (wie der russischen Narodniki, der argentinischen Peronisten und der US-amerikanischen Populists) entsprechend – mit folgenden Merkmalen in Verbindung gebracht werden: (Pelinka 1987)

- Der Anspruch: „Das Volk“ wird anderen, die jedenfalls nicht das Volk sind – den Eliten, dem „Establishment“, der „politischen Klasse“, gegenübergestellt. Dem Populismus entspricht ein antielitärer Affekt – und die Neigung, „das Volk“ als weitgehend nicht fragmentierte Einheit zu sehen. Populisten tendieren dazu, Gesellschaft und Politik nicht in den Kategorien horizontaler gesellschaftlicher „cleavages“ (Geschlecht, Generation, Klasse, Religion, etc.) zu ordnen, sondern in den Kategorien einer vertikalen Dichotomie – „wir da unten, ihr da oben.“ Daraus lässt sich sowohl eine potentiell radikaldemokratische wie auch eine potentiell nationalistische Orientierung des Populismus ableiten.
- Die Methode: Die Einrichtungen der repräsentativen Demokratie werden vom Populismus mit Skepsis, ja mit tendenzieller Abneigung gesehen. Robert Michels’ „Ehernes Gesetz der Oligarchie“ bietet das jedem Populismus willkommene Verständnis von der Neigung der Parlamente und Parteien zur „Entartung.“ (Michels 1925) Als Korrektiv oder

auch als geschlossene Alternative werden vom Populismus daher die verschiedensten plebiszitären Konzepte der Demokratie forciert und als „wahre“ Demokratie propagiert – von der Räte­demokratie bis zum unbegrenzten Ausbau unmittelbarer Volksentscheide (Referenden).

„Populismus“ ist kein gegen die Demokratie gerichtetes Konzept – sondern eine bestimmte Sichtweise von Demokratie, die grundsätzlich sehr wohl im Rahmen des liberalen Demokratie­verständnisses ihren Platz hat. „Populismus“ ist eine Variation legitimer Auffassungen von Demokratie. Als eine solche Variation hat sie – etwa im Sinne der vor allem von Thomas Jefferson vertretenen „Populistic Democracy“ – einen traditionellen Platz in der Entwicklungsgeschichte neuzeitlicher Demokratie. (Dahl 1956, 34 ff.)

Die FPÖ ist aus mehreren Gründen als populistische Partei zu bezeichnen: Sie hat, seit ihrer Gründung 1956, mit unterschiedlicher Intensität die spezifische Ausprägung der Repräsentativdemokratie der Zweiten Republik, die „Proporz-“ oder „Konkordanzdemokratie“, kritisiert; und sie hat sich dabei grundsätzlich nicht auf eine antidemokratische, sondern auf eine demokratische Begründung gestützt. Angriffspunkte freiheitlicher Kritik waren vor allem die zwischen 1945 (bzw. 1947) bis 1966 und wiederum von 1986 (bzw. 1987) bis 1999 (bzw. 2000) regierende „Große Koalition“ und die Kooperation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände im Rahmen der Sozialpartnerschaft. (Crepaz/Betz 2000)

Gleichgültig, wie man die Motivation der freiheitlichen Kritik an der Politischen Kultur der Zweiten Republik beurteilt – ob diese Kritik primär als Folge des Ausschlusses der Freiheitlichen von der konkordanzdemokratischen Machtverteilung oder primär als Folge eines radikaldemokratischen Politikverständnisses gesehen wird: Die Kritik der FPÖ an den Spielregeln der Zweiten Republik, die von zwei Großparteien und von den Großverbänden entwickelt und getragen wurden, entspricht den Merkmalen des Populismus: „Die da oben“ waren SPÖ und ÖVP, waren ÖGB und Wirt-

schaftskammer. Die FPÖ argumentierte gegen das als „Machtkartell“ bezeichnete Gefüge der Konkordanzdemokratie im Namen derer, die sich als „unten“ verstehen sollten.

Dieser Populismus unterschied die FPÖ von der deutschen Freien Demokratischen Partei (FDP), von der Schweizer Freisinnig Demokratischen Partei (FDP), von den Liberalen Parteien Belgiens, der Niederlande und von den Liberalen Parteien der nordeuropäischen Staaten. Mit diesen Parteien war die FPÖ zwar ab 1978 in der Liberalen Internationale zusammengeschlossen, bis die FPÖ – nach der Gründung des Liberalen Forums 1993 – ihrem Ausschluss aus der LI durch einen Austritt zuvorkam. Aber die liberalen Parteien West- und Nordeuropas waren und sind keine populistischen Parteien – sie sind vielmehr Parteien, die im Rahmen der Repräsentativdemokratie in besonderem Ausmaß Teil des „Establishments“ sind:

- Die deutsche FDP war seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, seit 1949, länger Regierungspartei als die CDU/CSU oder auch die SPD. Zwischen 1949 und 1998 regierte die FDP immer – mit Ausnahme der Jahre 1957 bis 1961. Als „natürliche“ Regierungspartei, die Jahrzehnte hindurch bestimmte, wer deutscher Bundeskanzler werden sollte, war die FDP schon strukturell nicht in der Lage, sich „populistisch“ zu profilieren.
- Die Schweizer FDP ist noch mehr als ihre deutsche Schwesterpartei eine Regierungspartei schlechthin. In der Tradition des vor allem protestantischen „Freisinns“ war und ist die FDP die Partei, die mit der Verfassung von 1848 und mit der Schweizer Konkordanzdemokratie und ihrer „Zauberformel“ identifiziert wird, die der FDP auch den Status einer permanenten Regierungspartei verleiht. (Linder 1994)

Der Populismus der FPÖ hängt eng mit der Außenseiterrolle der Freiheitlichen zusammen, die diese nicht nur auf europäischer, sondern Jahrzehnte hindurch auch auf österreichischer Ebene erfahren mussten. Erklärt durch den Ausschluss der NSDAP-Mitglieder aus dem politischen Prozess von 1945 bis 1949, kamen der

VDU (ab 1949) und die FPÖ (ab 1956) zu spät, um auf die Strukturen der politischen Kultur der Nachkriegszeit entscheidend Einfluss nehmen zu können.

Der für die parlamentarischen Systeme Westeuropas dominante Koalitionstypus der „minimum winning coalition“ kam in Österreich bis 2000 nur einmal, ansatzweise, zwischen 1983 und 1986 (bzw. 1987) zum Tragen. (Pelinka 1993; Müller/Strom 1997) Der für die Zweite Republik vorherrschende Typus des Regierens war entweder das Regieren mit einer übergroßen Koalition (1945 bis 1966 und 1986/87 bis 1999/2000) oder aber das Regieren einer Partei (1966 bis 1983). Dieses auffallende Merkmal reflektiert und begründet die Marginalisierung der FPÖ im politischen System der Zweiten Republik.

Dieser Ausschluss aus dem engeren Kreis derer, die im Rahmen der geschriebenen Verfassung und der ungeschriebenen politischen Kultur der Zweiten Republik im Zentrum der politisch vermittelten Macht standen, ermöglichte erst der FPÖ, sich als populistische Partei zu profilieren: Anders als die liberalen Parteien West- und Nordeuropas zählten die österreichischen Freiheitlichen eben tatsächlich nicht zu denen „da oben“. Die FPÖ konnte sich daher als Sprachrohr derer „da unten“ zu profilieren versuchen.

Diese Distanz der FPÖ zu den Zentren der österreichischen Konkordanzdemokratie erklärt auch, dass die FPÖ viel weniger dicht organisiert ist als SPÖ und ÖVP. Die FPÖ hatte traditionell viel weniger die einer „Parantela“-Struktur entsprechende Vergabefunktion zu erfüllen, weil sie viel weniger in das Machtarrangement eingebunden war. Dadurch blieb die FPÖ die einzige der drei österreichischen Traditionsparteien, die sich aus den drei politisch-weltanschaulichen Lagern entwickelten, die in der Zweiten Republik eine relativ locker organisierte Wählerpartei mit einer geringen Mitgliederzahl blieb. (Luther 1997) Diese geringe Organisationsdichte war aber für die populistische Beweglichkeit der FPÖ ab 1986 offenkundig von Vorteil.

Der Ausschluss der FPÖ aus dem engeren Kreis derer, die konkordanzdemokratisch die

Politik Jahrzehnte hindurch bestimmten, war freilich auch demokratisch legitimiert. Die FPÖ konnte nach ihrer Gründung Jahrzehnte hindurch nie einen bundesweiten Stimmenanteil von 10 Prozent erreichen. Erst als die Träger der Konkordanzdemokratie nicht mehr in dem für sie gewohnten Umfang Loyalität mobilisieren konnten, also erst als SPÖ und ÖVP – ab dem Beginn der 1980er Jahre – insgesamt an Zustimmung durch die WählerInnen einbüßten und damit an gesellschaftlicher Legitimität verloren, konnte die FPÖ den Status einer Kleinpartei überwinden. Dass dabei auch der nach dem Innsbrucker Parteitag 1986 schärfer akzentuierte Populismus für den Aufstieg der FPÖ zur großen Mittelpartei hilfreich war, kann außer Streit gestellt werden. (Plasser/Ullram 2000)

Die FPÖ als rechtspopulistische Partei

Populismus als Anspruch und als Methode entzieht sich zunächst der Etikettierung nach Inhalten, die in die Dichotomie „rechts“ – „links“ einzuordnen sind. Der Begriff „Rechtspopulismus“ muss daher mit einem zusätzlichen Merkmal angereichert werden: mit der Tendenz zur Exklusivität. Zusätzlich zu „Wir da unten – Ihr da oben“ tritt für den Rechtspopulismus „Wir da drinnen – Ihr da draußen“. Der Rechtspopulismus ist tendenziell xenophob, die jedem Populismus immanente Tendenz zum Ausschluss „der anderen“ nimmt im Rechtspopulismus fremden- und ausländerfeindliche Züge an, die potentiell auch rassistisch sind.

Diese Eigenschaft des Rechtspopulismus äußert sich in der allen rechtspopulistisch etikettierten Parteien gemeinsamen Haltung zur Migration in und vor allem nach Europa sowie zur vertieften Integration der Europäischen Union. Rechtspopulismus bedeutet, grundsätzlich gegen Einwanderung in die territoriale Einheit zu sein, die für das „Wir-Gefühl“ in Anspruch genommen wird – ein Nationalstaat (Beispiel: Frankreich für den FN) oder eine Region (Beispiel: Flandern für den Vlaams Blok). Der Rechtspopulismus ergänzt den (antielitären) vertikalen Affekt des allgemeinen Populismus

durch einen (xenophoben) horizontalen Affekt. (Betz 1994; Helms 1997)

Dieser horizontale Affekt beruht auf der Eindeutigkeit eines „Wir“-Gefühls: Das „eigene“ Volk, die „eigene“ Nation wird als klar abgrenzbar gegenüber den „anderen“ empfunden. Grenzüberschreitende Mobilität, also Migration, bedroht die Eindeutigkeit dieses Gefühls. Migration wird daher zum zentralen Thema des Rechtspopulismus.

Damit wird aber auch die europäische Vertiefung zu einem Thema des Rechtspopulismus. Der Abbau von Grenzen in Form der Abgabe nationaler Souveränität an die Europäische Union und die grenzüberschreitenden Freiheiten des Europäischen Binnenmarktes verunsichern das völkische und nationale „Wir“-Gefühl und werden daher als Bedrohung gesehen und bekämpft. Die Erweiterung der EU ist gerade für den Rechtspopulismus in Österreich, das am Rande der westeuropäischen Wohlstandszone liegt, ein geradezu klassisches Thema, das Emotionen weckt und für eine rechtspopulistische Partei nutzbar macht.

Diese horizontale Exklusivität lässt sich in der Politik und in der Rhetorik der FPÖ besonders klar feststellen. Das 1993 durchgeführte „Ausländer-Volksbegehren“, das 1997 ebenfalls von der FPÖ organisierte Volksbegehren gegen Österreichs Beitritt zur Europäischen Währungsunion und die Mobilisierung gegen die „Ost“-Erweiterung der EU begleiteten die Entwicklung der FPÖ seit den späten 1980er Jahren. Diese Politik zeigt die Verbindung der generell populistischen Präferenz für die Methoden der direkten Demokratie und der exklusiven, „die anderen“ ausschließenden Inhalte des Rechtspopulismus. Die xenophobe Rhetorik der FPÖ begleitet diese Orientierung. (Reinfeldt 2000)

In einem entwickelten Parteiensystem wie dem österreichischen sind diese Politik und diese Rhetorik kein Monopol der FPÖ. Auch andere Parteien bedienen sich der Versatzstücke rechtspopulistischer Mobilisierung. Die Intensität, mit der die FPÖ diese Mobilisierung betreibt, gibt den Freiheitlichen jedoch eine eindeutige Position im österreichischen Parteiensystem. Diese Intensität, in Verbindung mit dem Charakter der FPÖ als Traditionspartei – eine

auch die NSDAP einschließende Kontinuität, lässt eine Einordnung der FPÖ nicht als bloß rechtspopulistisch, sondern auch als zumindest partiell rechtsextremistisch zu. (Preglau 2001)

Die Vielschichtigkeit der FPÖ macht auch ihren spezifischen Charakter als rechte, aber gleichzeitig auch linke Protestpartei aus: In ihrer Selbstwahrnehmung artikuliert die Partei den Protest der Benachteiligten, die „zu uns“ gehören – also der „InländerInnen“. Dieser Protest richtet sich in einer quasi linken, weil egalitären Orientierung gegen diejenigen, die als Nutznießer des Status quo gesehen werden – PolitikerInnen anderer Parteien, (angeblich) privilegierte BeamtenInnen, ManagerInnen in den als „geschützt“ wahrgenommenen Sektoren (Sozialversicherungen, Nationalbank, etc.). Der Protest der FPÖ ist aber ebenso quasi rechts – er richtet sich, antiegalitär, gegen die Einwanderung aus sozial schwächeren Ländern und Regionen. Innerösterreichisch ist die FPÖ Ausdruck eines Protestes gegen die Ungleichheit – europäisch und transnational ist die FPÖ Ausdruck des Protestes gegen mehr Gleichheit – gegen einen Anspruch, der sich in den internationalen Wanderungsbewegungen manifestiert.

Diese Verbindung von zwei populistischen Protesthaltungen erklärt auch den dramatischen Wandel in der WählerInnenstruktur der FPÖ seit 1986: Die FPÖ ist von einer kleinen, „bürgerlich“-bäuerlichen Honoratiorenpartei zu einer Arbeiterpartei geworden. Ihren Stimmenanteil, der sich in eineinhalb Jahrzehnten verfünffacht hat, bezieht die FPÖ überproportional aus dem Segment der „blue collar-workers“. Dass so viele österreichische ArbeiterInnen glauben, mehr als ihre Ketten verlieren zu können; und dass sie sich vor allem international und nicht national bedroht fühlen, wird in der Parteipräferenz der ArbeiterInnen deutlich:

Tabelle 1: Stimmenanteile der FPÖ unter ArbeiterInnen bei Nationalratswahlen
(Anteile an 100 Stimmen dieser Kategorie)

1986	1990	1994	1995	1999
10	21	29	34	47

(Plasser/Ullrich 2000, 232)

Diese „sozialistische“ Qualität der FPÖ-Wählerschaft drückt nicht nur den Wandel des gesamten österreichischen Wahlverhaltens und Parteiensystems aus. Diese Qualität ist auch, im internationalen Vergleich, keineswegs einmalig. Der europäische Rechtspopulismus ist zu einem wesentlichen Teil ein proletarisches Phänomen – es ist auch der Protest eines sich national verstehenden Sozialismus gegen die transnationalen Konsequenzen der Europäisierung und Globalisierung. Der europäische Rechtspopulismus ist aber auch, gerade als proletarisches Phänomen, in einer analogen Situation wie der US-amerikanische Populismus: George Wallace etwa, der Gouverneur von Alabama und „dissidente“ Präsidentschaftskandidat 1968, nutzte eine exklusive (rassistische) Botschaft zur Mobilisierung sozial schwacher, proletarischer, „weißer“ WählerInnen in den USA. (Isserman/Kazin 2000, 218 ff.) Dass diese Botschaft überproportional Männer ansprach, das findet auch eine Parallele im „gender“-Profil der FPÖ.

Tabelle 2: „Gender“-Profil der FPÖ-Wählerschaft
(Anteile von 100 FPÖ-WählerInnen)

	1978	1986	1990	1994	1995	1999
Männer	54	61	60	60	62	62
Frauen	46	39	40	40	38	38

(Plasser/Ulram 2000, 231)

In Verbindung mit anderen Faktoren ergibt sich so ein für rechtspopulistische Parteien insgesamt typisches Profil. Die FPÖ verdankt ihren Aufschwung von einer in ihrer WählerInnenstruktur traditionell „bürgerlichen“ Kleinpartei zu einer weitgehend proletarische Züge tragenden Mittelpartei dem Umstand, dass sie vor allem folgende Menschen erfolgreich ansprechen konnte: (Plasser/Ulram 2000)

- Männer,
- jüngere Menschen,
- Menschen ohne höhere Bildung,
- ArbeiterInnen,
- Menschen ohne Bindungen an Gewerkschaften.

Die FPÖ als Traditionspartei

Im Unterschied zu den meisten anderen, rechtspopulistisch eingeordneten europäischen Parteien ist die FPÖ keine neue, sondern eine alte Partei. Die FPÖ ist eine Partei mit einer lange zurückreichenden Kontinuität. (Pelinka 2002) Diese Kontinuität wird immer wieder übersehen. (Hall/Meth-Cohn (2002) schreiben beispielsweise davon, dass Jörg Haider der „founder of Austria’s rightwing Freedom party“ sei.)

Dass der „Gründer“ der FPÖ nicht Jörg Haider ist, ist klar. Dass dies gelegentlich übersehen wird, deutet darauf, dass der Traditionscharakter der FPÖ nicht in ein bestimmtes Deutungsschema passt: Rechtspopulistische Protestparteien werden als Parteien ohne Geschichte wahrgenommen – und in den meisten Fällen sind sie dies auch.

Die Dänische Volkspartei und die Lega Nord sind Parteien, die aus der Schlussphase des 20. Jahrhunderts kommen. Der Vlaams Blok und der Front National sind Parteien, die zwar mit einer bestimmten Tradition ihrer Länder verbunden sind – in beiden Fällen mit der Kollaborations-Tradition, ohne dass der Vlaams Blok in direkter Kontinuität zur Besetzung Belgiens durch das nationalsozialistische Deutschland stünde und ohne irgendwelche organisatorische oder auch personelle Kontinuität des FN zum Vichy-Regime.

Die beiden Ausnahmen unter den im Europäischen Parlament vertretenen Parteien sind die Alleanza Nazionale und die FPÖ. Die Alleanza Nazionale steht zur Faschistischen Partei Italiens in ähnlicher Kontinuität wie die FPÖ zur NSDAP. In beiden Fällen gibt es ein Zwischenglied, das die Brücke zwischen den historischen und den gegenwärtigen Parteien bildet: in Italien der MSI, in Österreich der VDU. In beiden Fällen wurden die Neugründungen nach 1945 – MSI und VDU – von ehemaligen Faschisten, bzw. ehemaligen Nationalsozialisten betrieben; und in beiden Fällen sind die gegenwärtigen Parteien eindeutig als Nachfolgeparteien gegründet worden – die AN als Nachfolgerin des MSI, die FPÖ als Nachfolgerin des VDU. Sowohl im italienischen, als auch im öster-

reichischen Fall kann zwar argumentiert werden, dass weder MSI und AN, noch VDU und FPÖ alle WählerInnen, SympathisantInnen und Mitglieder der Faschistischen, bzw. der Nationalsozialistischen Partei an sich gezogen haben – sehr viele „Ehemalige“ fanden nach 1945 auch zu anderen Parteien. In beiden Ländern haben diese anderen Parteien (z.B. DC in Italien, ÖVP und SPÖ in Österreich) „Ehemalige“ in den eigenen Reihen akzeptiert (Markovits 2002) – aber die Traditionen und Wurzeln dieser anderen Parteien sind eindeutig nichtfaschistischer, bzw. nichtnationalsozialistischer Art.

Die FPÖ steht nicht einfach nur in der Tradition der NSDAP. Die FPÖ steht in der Tradition eines „Lagers“, das die österreichische Variante der NSDAP hervorgebracht hat – in der des deutschnationalen Lagers. (Wandruszka 1954; Riedelsperger 1978) Die FPÖ ist ohne die Verankerung im deutschnationalen Lager – in dessen organisatorischer Vielfalt, in dessen geistiger Tradition – nicht zu verstehen. Zur FPÖ gehört auch das Milieu dieses Lagers, das nach wie vor die wichtigste Rekrutierungsbasis bildet. Einige Beispiele für dieses Milieu sind die deutschnationalen („schlagenden“) Verbindungen, die im Österreichischen Turnerbund zusammengegangenen Turnvereine, die verschiedenen regionalen (z.B. Kärntner) „Landsmannschaften“. (Gärtner 1996; Bailer-Galanda/Neugebauer 1997; Manoschek 2002)

Aus diesem deutschnationalen Lager entwickelte sich die österreichische NSDAP, die zwischen 1930 und 1933 die beiden im Nationalrat der Ersten Republik und in mehreren Koalitionsregierungen vertretenen deutschnationalen Parteien – die Großdeutsche Volkspartei und den Landbund – aufsaugte. Aus der österreichischen NSDAP rekrutierte sich ein Gutteil des Führungspersonals des VDU und der FPÖ. Der erste Obmann der FPÖ war Anton Reinthaller. Dessen politische Karriere führte vom Landbund über die NSDAP, das kurzlebige „Anschlusskabinett“ Seyss-Inquart (in dem Reinthaller Landwirtschaftsminister war), die Reichsregierung Hitler (Reinthaller war Staatssekretär im Reichsernährungsministerium) und die SS (Reinthaller war SS-General) in das für „schwerbelastete“ Nationalsozialisten von den

US-Behörden eingerichtete Lager Glasenbach bei Salzburg und schließlich an die Spitze der FPÖ. Reinthallers Nachfolger war Friedrich Peter, wie Reinthaller SS-Offizier.

Die Thematik der NS-Vergangenheit und der mangelnden Konfrontation österreichischer Verantwortung für diese Vergangenheit war keineswegs immer primär mit der FPÖ verbunden – wie die Debatte um Kurt Waldheim, aber auch die Diskussion um die auffallend hohe Zahl ehemaliger Mitglieder der NSDAP in der 1970 von Bruno Kreisky gebildeten Bundesregierung zeigen. Doch im Fall der FPÖ waren nicht nur Einzelpersonen oder bestimmte Sektoren der Partei betroffen, sondern mehr oder weniger die gesamte Partei. Dies wurde vor allem auch in der Auseinandersetzung um Friedrich Peters Einsatz in einer keineswegs nur mit traditionell militärischen Aufgaben betrauten SS-Einheit deutlich. (Wodak et al. 1990; Mitten 1992) Die FPÖ war – anders als in SPÖ und ÖVP – als Partei insgesamt in der Tradition und Kontinuität des Nationalsozialismus.

Diese Kontinuität wurde in der Spätphase der Ära Peter, ab 1970, und vor allem in der Ära Norbert Steger (1979 – 1986) unterspielt – wohl auch, um der Sozialdemokratie eine strategische Allianz, die 1983 zur „Kleinen Koalition“ führte, zu erleichtern; auch, um auf europäischer Ebene Aufnahme in die Parteifamilie der Liberalen, in die Liberale Internationale, zu finden. (Pelinka 1993)

Diese „liberale“ Zwischenphase machte 1986 der im Sinne der Stimmenmaximierung überaus erfolgreichen „rechtspopulistischen“ Phase Platz, die mit der Politik Jörg Haiders – Nachfolger Norbert Stegers als Bundesparteiobmann – eng verbunden ist. Doch in dieser Phase zeigte die FPÖ nicht nur eine für alle rechtspopulistisch etikettierten Parteien übliche Orientierung, sie betonte wieder stärker ihre Kontinuität und damit auch ihre historische Entwicklung aus dem deutschnationalen Lager. Dazu gehörte auch folgerichtig eine Rhetorik, die immer wieder den Nationalsozialismus relativierte. Seit 1986 neigen die FPÖ und insbesondere Haider dazu, durch entsprechende Wortwahl die Erinnerung an die den Nationalsozialismus einschließende Tradition und Kon-

tinuität der Partei lebendig zu erhalten. (Czernin 2000; Scharsach 2000; Scharsach/Kuch 2000)

Diese seit 1986 wieder deutliche Kontinuität hat die Wahrnehmung der FPÖ als eine nicht bloß rechtspopulistische, sondern auch – in manchen Bereichen – extremistische Partei begründet. Diese Wahrnehmung stand hinter den zwischen Februar und September 2000 von den EU-14 verhängten Maßnahmen und findet auch im Bericht der „Drei Weisen“ ihren Niederschlag – dem Bericht der drei Personen, die im Auftrag des Europäischen Rates diese Maßnahmen untersuchten. In diesem Bericht wird in einer politischen Kompromissformel den Maßnahmen einerseits attestiert, produktiv gewesen zu sein – andererseits wird aber die Fortführung der Maßnahmen als kontraproduktiv bezeichnet. (Kopeinig/Kotanko 2000)

Diese von der FPÖ seit 1986 wieder so betonte Tradition, zu deren wesentlichen Bestandteilen auch die österreichische NSDAP zählt, ist der wichtigste Faktor, der die Besonderheit der FPÖ erklärt:

- Die FPÖ ist populistisch – doch diese primär den politischen Stil betreffende Charakterisierung macht die FPÖ noch nicht zu einer spezifischen Partei.
- Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Protestpartei – aber auch diese Eigenschaft stellt die FPÖ nur in eine Gruppe mit anderen, ähnlich agierenden Parteien Europas.
- Die FPÖ ist jedoch auch eine Traditionspartei – eine Partei, die von führenden Funktionären der NSDAP gegründet wurde und die in der immer wieder betonten Kontinuität des Nationalsozialismus steht.

Erst die Kombination aller drei Merkmale erklärt, warum die FPÖ besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht – mehr Aufmerksamkeit als dies anderen rechtspopulistischen Parteien Europas gelingt.

Es ist diese Kontinuität, die erklärt, warum die jüdischen Gemeinden Österreichs auf Erfolge und insbesondere auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ mit besonderer Nervosität reagieren. Es ist diese Kontinuität, die erklärt, warum die Regierungen der anderen EU-Staaten ebenso wie die Regierungen anderer Staa-

ten außerhalb der EU und vor allem auch die Regierung des Staates Israel mit einer in der internationalen Politik unüblichen Heftigkeit auf die Regierungsbildung 2000 geantwortet haben.

Der Bericht der „Drei Weisen“, veröffentlicht im September 2000, reflektiert diesen Befund: In diesem Bericht wird die revisionistische, das NS-Regime relativierende Rhetorik zitiert, die von führenden VertreterInnen der FPÖ kommt. Der Bericht nennt die FPÖ auch eine Partei mit radikalen, bzw. extremistischen Elementen. Und der Bericht erklärt ebenfalls, dass die im Februar 2000 verhängten (Boycott-)Maßnahmen der EU-14 gegen die von FPÖ und ÖVP gebildete Bundesregierung produktiv gewesen wären – erst ihre Fortsetzung über den September 2000 hinaus wäre kontraproduktiv. (Kopeinig/Kotanko 2000)

Ob sich in der FPÖ ein aus der Regierungsrolle ableitbarer Wandel des gesamten Erscheinungsbildes der Partei entwickelt, lässt sich wohl nicht seriös prognostizieren. Die Haltung der FPÖ zur EU-Erweiterung war und ist dafür ein interessanter Indikator: In dieser Frage sind zwei Logiken gegenläufig – die aus der Regierungsbeteiligung ableitbare und die aus dem spezifischen Charakter der FPÖ deduzierbare Logik. Als Regierungspartei ist die FPÖ auf die durch EU-Beschlüsse und die Regierungserklärung (samt „Präambel“) formulierte Linie einer eindeutigen Befürwortung der Erweiterung festgelegt. Als rechtspopulistische Protestpartei, verstärkt durch ihre spezifische Verwurzelung im österreichischen Deutschnationalismus, tendiert die FPÖ zur konsequenten Ablehnung der Erweiterung. Für welche der beiden gegenläufigen Logiken sich die FPÖ letztlich entscheidet, sobald die Frage in der Bundesregierung und im Nationalrat zur Entscheidung ansteht, wird einen wichtigen Hinweis auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines europäischen „mainstreamings“ der FPÖ geben.

Die anderen im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament vertretenen Parteien – SPÖ, ÖVP, Grüne und (bis 1999) das Liberale Forum – sind (oder waren) immer Teil der europäischen Parteienfamilien und der Fraktionsstruktur des Europäischen Parlaments.

Die FPÖ entzieht sich dieser Normalität des sich entwickelnden europäischen Parteiensystems. Die FPÖ ist in Europa eine auffallende Besonderheit. In diesem Sinne sind die Freiheitliche Partei und ihr Erfolg ein Indikator dafür, dass die Normalisierung des österreichischen politischen Systems – im Sinne einer Anpassung an europäische Standards – an eine Grenze gestoßen ist.

Paradoxerweise ist die aus dem österreichischen Deutschnationalismus kommende FPÖ so zur österreichischsten aller Parteien geworden – zu der am wenigsten europäisch integrierten Partei des Landes.

Die FPÖ ist eine durch Rechtspopulismus und einen zusätzlichen Faktor definierte Partei. Dieser zusätzliche Faktor – die geschichtliche Herkunft und ihre durch diese mitbestimmte Identität der FPÖ – definiert, in Verbindung mit dem Stil und dem Inhalt des Rechtspopulismus, Erscheinungsbild und Politik der FPÖ. Und dieser Zusatzfaktor ist Teil des gesamten Erscheinungsbildes Österreichs.

LITERATUR

Bailer-Galanda, Brigitte/Wolfgang *Neugebauer* (1997). Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Berlin.

Betz, Hans-Georg (1994). *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, London.

Crepaz, Markus M.L./Hans-Georg *Betz* (2000). Postindustrial Cleavages and Electoral Changes in an Advanced Capitalist Democracy: The Austrian Case, in: *Bischof*, Günter /Anton *Pelinka*/Dieter *Stiefel* (Hg.): *The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies*, Vol. 8, New Brunswick, 506 ff.

Czernin, Hubertus (Hg.) (2000). „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige.“ Haider, beim Wort genommen, Wien.

Dahl, Robert A. (1956). *A Preface To Democratic Theory*, Chicago.

Day, Alan J. (2000). *Directory of European Union Political Parties*, London.

Gärtner, Reinhold (1996). *Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus*, Wien.

Hall, William/Deliah *Meth-Cohn* (2002). Haider stays in the headlines with „private“ visit to Saddam, *Financial Times*, February 14.

Helms, Ludger (1997). Right-Wing Populist Parties in Austria and Switzerland. A Comparative Analysis of Electoral Support and Conditions of Success, in: *West European Politics*, Vol. 20, No. 2 (April 1997), 37 ff.

Hix, Simon/Christopher *Lord* (1997). *Political Parties in the European Union*, New York.

Isserman, Maurice/Michael *Kazin* (2000). *America Divided. The Civil War of the 1960s*, New York.

Karlhofer, Ferdinand/Josef *Melchior*/Hubert *Sickinger* (Hg.) (2001). *Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft*, Baden-Baden.

Kopeinig, Margaretha/Christoph *Kotanko* (2000). Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich, Wien.

Linder, Wolf (1994). *Swiss Democracy. Possible solutions for conflict in multicultural societies*, New York.

Luther, Kurt R. (1997). Die Freiheitliche Partei Österreichs, in: Herbert *Dachs* u.a. (Hg.): *Handbuch des politischen System Österreichs*, 3. Auflage, Wien, 286 ff.

Manoschek, Walter (2002). FPÖ, ÖVP, and Austria's Nazi Past, in: Ruth *Wodak*/Anton *Pelinka* (Hg.): *The Haider Phenomenon*, New Brunswick, 1 ff.

Markovits, Andrei S. (2002). Austrian Exceptionalism. Haider, the European Union, and the Austrian Past and Present, in: Ruth *Wodak*/Anton *Pelinka* (Hg.): *The Haider Phenomenon*, New Brunswick, 91 ff.

Michels, Robert (1925). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Leipzig.

Mitten, Richard (1992). *The Politics of Antisemitic Prejudice in Austria*, Boulder.

Müller, Wolfgang C./Kaare *Strom* (Hg.) (1997). *Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung*, Wien.

Pelinka, Anton (Hg.) (1987). *Populismus in Österreich*, Wien.

Pelinka, Anton (1993). *Die Kleine Koalition. SPÖ – FPÖ 1983 – 1986*, Wien.

Pelinka, Anton (2002). Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus, in: *conflict & communication online*, Vol. 1, No. 1, 2002, <http://www.cco.regener-online.de>.

Plasser, Fritz/Peter A. *Ullram* (2000). Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ, in: Fritz *Plasser*/Peter A. *Ullram*/Franz *Sommer* (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 225 ff.

Preglau, Max (2001). Rechtsextrem oder postmodern? Ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ, in: *SWS-Rundschau* 2/2001, 193 ff.

Reinfeldt, Sebastian (2000). Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.

Riedelsperger, Max E. (1978). *The Lingering Shadow of Nazism. The Austrian Independence Movement*, New York.

Scharsach, Hans-Henning (Hg.) (2000). Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek.
Scharsach, Hans-Henning/Kurt Kuch (2000). Haider. Schatten über Europa, Köln.
Wandruszka, Adam (1954). Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: *Benedikt*, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich, Wien, 291 ff.
Wodak, Ruth/Peter Nowak/Johanna Pelikan/Helmut Gruber/Rudolf De Cillia/Richard Mitten (1990). „Wir sind alle unschuldige Täter.“ Diskurshistorische

Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt am Main.

AUTOR

Anton PELINKA, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung Wien.

Adresse: Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Universitätsstraße 15, A-6020 Innsbruck, anton.pelinka@uibk.ac.at.